



Ausgabe 9
November 2016

Dieser Newsletter des KAS-Länderprojekts informiert in regelmäßigen Abständen in deutscher Sprache über aktuelle Geschehnisse im Bereich Politik, Wirtschaft und Kultur in Chile.

IMPRESSUM:
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
AUSLANDSBÜRO CHILE
Enrique Nercasseaux 2381
Casilla 16280
Providencia
Santiago de Chile
Chile

Tel. +56 22 234 20 89 oder
+56 22 233 57 33
Fax +56 22 234 22 10

www.kas.de/chile

I. Kommunalwahlen 2016



33.^a elecciones municipales de Chile

Alcaldes y concejales para el período 2016-2020



Am 23. Oktober fanden Kommunalwahlen in Chile statt. Das konservative Wahlbündnis *Chile Vamos* gewann landesweit an Stimmen dazu und lag mit 38 Prozent zu 37 Prozent knapp vor dem Mitte-Links-Bündnis der Regierungskoalition *Nueva Mayoría*. Deutliche Verluste fielen auf Seiten der chilenischen Christdemokraten (PDC) und der sozialdemokratischen Partei PPD aus. Einen signifikanten Zuwachs an Wählerstimmen erlangte indes die *Renovación Nacional (RN)*, die ab sofort stärkste kommunale Partei des Landes ist.

Gewinner der Wahlen waren etliche unabhängige Kandidaten, welche die etablierten Parteien mit teilweise spektakulären Ergebnissen in den Schatten stellen. Bei den Kommunalwahlen fielen 16,5 Prozent der 139 Kommunen mit den meisten Einwohnern an unabhängige Kandidaten. Erwähnenswert ist weiterhin, dass es für 62 Prozent der 14.000 Bürgermeister- und Stadtratskandidaten am vergangenen Sonntag die erste Kandidatur war, was ein weiteres Indiz für das bestehende Misstrauen in die Politik der letzten Jahre ist.

Für die chilenischen Christdemokraten (PDC) findet der Abwärtstrend mit dem Ergebnis der Kommunalwahlen seinen vorläufigen Höhepunkt. Verantwortlich gemacht für die deutlichen Stimmenverluste werden neben der innerparteilichen Uneinigkeit auch bekannt gewordene Korruptionsfälle.

Während zu den letzten Kommunalwahlen im Jahre 2012 noch 42 Prozent der chilenischen wahlberechtigten Bevölkerung das Wahllokal aufsuchten, waren es in diesem Jahr nur etwa 4.900.000 Chilenen, 35 Prozent der Wahlberechtigten, die dem Ruf an die Wahlurnen folgten. Begründet wird dies vor allem durch das sinkende Vertrauen in die Politik.

Präsidentin Michelle Bachelet stand mit ihrem Kabinett bereits vor den Wahlen unter Druck. Neben den diversen Reformprogrammen, deren Umsetzung und Ausgestaltung sich schwierig gestaltet, sorgte zuletzt der Skandal der Wahlregistrierung für Schlagzeilen: Etwa 467.000 wahlberechtigte Chilenen wurden vor der Wahl falsch registriert, was vorerst bedeutete, dass die betroffenen Bürger nicht in dem Bezirk wählen konnten, in dem sie gemeldet waren. Auch durch Informationsdefizite und ferngebliebene Wahlhelfer gingen diverse Stimmen verloren.

Das Vertrauen und die Zuversicht in die Politik des Landes wurden durch die aktuellen Kommunalwahlen nicht bestärkt. Die geringe Wahlbeteiligung lässt sich hierbei nicht nur durch die Abneigung der umgesetzten Politik im Lande be-



Ausgabe 9

November 2016

SEITE 2 VON 5

gründen, sondern weiterhin durch die Mitschuld der Behörden, die aufgetretene administrative Fehler nicht rechtzeitig und sorgfältig genug bereinigen konnten. Abzusehen ist bereits jetzt, dass die *Nueva Mayoría* in der gegenwärtigen Konstellation nach den Unstimmigkeiten und Ergebnissen dieses Wahlprozesses im kommenden Jahr keine Fortsetzung erfahren wird. Bis zu den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr steht den Parteien noch ein harter Wahlkampf bevor.

Es bedarf hierbei nicht nur politischem Willen, sondern allem voran zukunftsweisender Konzepte. Diese zu erarbeiten, ist nun die drängendste Aufgabe der etablierten Kräfte, um sich wieder gewohntem Zuspruch anzunähern.

Die kontinuierliche Zusammenarbeit der Regierung wird außerdem durch stetige Kabinettsumbildungen beeinträchtigt, die eine gemeinsame Problembewältigung zunehmend erschweren. So hatte Präsidentin Bachelet zuletzt am 19. Oktober 2016 die Minister für Energie und Justiz ausgetauscht. Die nächste Kabinettsänderung wurde schon angekündigt und soll spätestens bis zum 19. November 2016 vollzogen werden.

Weitere Informationen hierzu finden Sie auf unserer Homepage:

<http://www.kas.de/chile/de/publications/46799/>

II. Auswirkungen der US-Präsidentschaftswahlen 2016 auf die Region Lateinamerika



https://static01.nyt.com/images/2016/09/01/us/01trump_hp2/01trump_hp2-videoSixteenByNine1050-v2.jpg

„President Donald Trump. Three words that were unthinkable to tens of millions of Americans — and much of the rest of the world — have now become the future of the United States.“

New York Times, 09.11.2016

Die Wahlnacht des 8. November 2016 bringt eine der schmutzigsten Wahlkampagnen zu Ende, die die USA bis dato erlebt haben.

Mit einem eindeutigen Wahlergebnis (306 zu 232 Wahlmännern) und einer deutlich rotgefärbten Karte der US-amerikanischen Staaten wurde Donald John Trump zum 45. US-Präsidenten für die folgenden vier Jahre gewählt.

Wie in aller Welt, so spalten sich auch die Meinungen über Trump in Lateinamerika. Die Staatsoberhäupter der Region haben auch hier Worte an den Wahlsieger Trump gerichtet, manche von ihnen sind freundschaftlicher Natur, wie beispielsweise die Mauricio Macris, dem Präsidenten Argentinien-



Ausgabe 9

November 2016

SEITE 3 VON 5

ens, der Trump persönlich kennt. Er bezeichnete sich und ihn vor einigen Jahren als „*amigotes*“ (Kumpels) (El País, Uruguay, 10.11.2016) und berichtete, er esse bei jedem Besuch in New York mit Trump zu Abend. Auch Michel Temer in Brasilien scheint Donald Trump freundlich gestimmt zu sein (ebd.).

Der mexikanische Präsident Enrique Peña Nieto gratulierte in seinem Tweet zunächst erstmal den USA, nicht dem Gewinner Donald Trump selbst. Später schloss er positive Worte an sein erstes Statement an: Amerika und Mexiko seien Freunde, Partner und Verbündete, die auch in Zukunft für die Entwicklung Nordamerikas zusammenarbeiten müssten. Schon am Tag danach hieß es, die beiden führten ein „respektvolles und freundliches“ Telefongespräch und würden sich bald treffen, um ein neues Kapitel in den bilateralen Beziehungen aufzuschlagen. (La Tercera, 10.11.16). Andere Informationen aus Mexiko Stadt besagen, man habe bereits ein Krisenkabinett in Mexiko einberufen (El País, 10.11.16).

Der Kommentar der chilenischen Präsidentin Michelle Bachelet zum Wahlsieg von Donald Trump dauerte lediglich sechs Sekunden: "*Chile espera que podamos seguir colaborando entre las naciones para el bienestar de nuestros pueblos*", verkündete sie. Bachelet erhofft sich für die USA und Chile weiterhin eine Zusammenarbeit –zum Wohl der beiden Nationen. Sie schrieb zusätzlich eine Gratulationskarte.

Doch weitere Stimmen wurden in Chile laut - unter anderem die des Ex-Präsidenten Sebastián Piñera, der mahnte, Trump solle in Zukunft verstärkt darüber nachdenken, was er sage. Auch um Respekt gegenüber Frauen, Latinos und Minderheiten bat er ihn. Seine Aussage tendiert zu einer allgemeinen Hoffnung in der Welt, dass Trump als Präsident eine bessere Version sein möge, als diejenige des Trump als Kandidat (CNN Chile, 10.11.16). Auch Ricardo Lagos, ebenfalls ehemaliger Präsident Chiles, kommentierte die Situation und beschrieb sie als keine gute Nachricht für die Welt (La Tercera, 10.11.2016).

Am 15.11. organisierte das Auslandsbüro der KAS in Chile gemeinsam mit dem institutionellen Partner CDC (*Centro Democracia y Comunidad*) eine Gesprächsrunde mit den beiden Experten Genaro Arriagada und Juan Guillermo Espinosa zum Wahlergebnis und möglichen wirtschaftlichen und sozialen Folgen für die Region, über welche sich bis dato lediglich Vermutungen anstellen lassen.

QUELLEN (AUFGERUFEN, 10.11.2016):

http://www.nytimes.com/2016/11/09/opinion/donald-trumps-revolt.html?_r=0
http://internacional.elpais.com/internacional/2016/11/09/actualidad/1478683884_527915.html
<http://www.cnnchile.com/noticia/2016/11/09/las-reacciones-en-chile-la-victoria-de-trump>
La Tercera vom 10.11.2016
El País Uruguay vom 10.11.2016



III. Ministerbesuch in Berlin



http://www.kas.de/wf/doc/kas_98866-1760-1-30_60.jpg?161107191342

Vom 6. bis 11. November reisten der chilenische Umweltminister Pablo Badenier und Arbeitsministerin Ximena Rincón auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung nach Berlin. Für die Woche waren Gespräche mit Politikern, Wirtschaftsvertreter und auch Repräsentanten der Konrad-Adenauer-Stiftung angesetzt.

Durch die stetig wachsenden Klima- und umweltpolitischen Herausforderungen ist auch in Chile Umweltschutz ein wichtiges Thema geworden. Dies wird dadurch gezeigt, dass vor wenigen Jahren ein Umweltministerium und eine Umweltevaluationsbehörde (*Servicio de Evaluación de Impacto Ambiental*, kurz SEIA) gegründet wurden. Für den chilenischen Umweltminister Pablo Badenier ist eine aktive Kooperation mit Deutschland von großem Interesse, da bis 2025 der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugungskapazität von aktuell 12% auf 20% gesteigert werden soll. Besprochen wurde eine verstärkte bilaterale Zusammenarbeit beim Klimaschutz- sowie

Nachhaltigkeits-, Infrastruktur- und Kraftwerksprojekten, um diese zu fördern und zu intensivieren. Das Ziel des Besuchs des chilenischen Umweltministers in Deutschland war außerdem ein Kennenlernen der dortigen Ansätze und Initiativen nachhaltiger Entwicklung.

Ximena Rincón, Ministerin für Arbeit und soziale Sicherheit, reiste mit dem Ziel nach Berlin, die in Deutschland existierenden Mechanismen zur Stärkung der Arbeitnehmerrechte kennen zu lernen - die Reform der Arbeits- und Sozialgesetzgebung ist ein wichtiger Baustein im Reformprogramm der Regierung Michelle Bachelets. In den letzten Monaten wurde großer öffentlicher Druck bezüglich einer Änderung des Rentensystems auf die Regierung ausgeübt; ein Umbau von einem kapitalgestützten - auf ein sozial motiviertes, umlagefinanziertes System wird gefordert. Da eine Lösung gegenwärtig nicht absehbar ist, werden beide Themen sicherlich das Wahljahr 2017 bestimmen - im Herbst 2017 finden Wahlen für das Präsidentenamt und das Parlament statt.

Die Tatsache, dass zwei chilenische Minister politisch hochrangige Termine in Deutschland wahrnehmen konnten, spiegelt die enge Beziehung zwischen Chile und Deutschland wider.

Ausgabe 9

November 2016

SEITE 4 VON 5





IV. Landesweiter Streik des öffentlichen Sektors



<http://www.elepicentro.cl/wp-content/uploads/2016/09/Marcha-Anef-2013-1-730x320.jpg>

Seit dem 20. Oktober streiken die Angestellten des öffentlichen Sektors landesweit. Die Organisation ANEF (*Agrupación Nacional de Empleados Fiscales*, dt. Nationale Vereinigung öffentlicher Angestellter) ruft seit fast einem Monat zum *Paro Nacional* auf, um für die Angestellten des öffentlichen Sektors einen höheren Lohn zu fordern.

Die Gruppierung der ANEF existiert seit 1943 und umfasst rund 250 Assoziationen mit Arbeitern im Bereich der öffentlichen Verwaltung. Deren Gehälter werden jährlich um einen gewissen Prozentsatz erhöht, sodass auch dieses Jahr Diskussionen über die Höhe dieser Löhne auftreten. Dieses Mal gestaltet sich der Prozess jedoch schwieriger, da eine relativ hohe Lohnsteigerung zwischen 6.5% und 7.5% für 2017 gefordert wird. Die Verhandlungen zwischen den beiden Lagern – öffentlicher Sektor und Regierung – laufen auf Hochtouren, denn mittlerweile, nach mehr als drei Wochen, machen sich die Auswirkungen des Streiks nicht nur in der Hauptstadt, sondern landesweit bemerkbar.

Zahlreiche wichtige administrative Prozesse der Gemeinden sind lahm gelegt: Personen, die einen Pass oder Urkunden benötigen, warten seit 23 Tagen auf die Erledigung dieser Formalia. Auch dem öffentlichen Gesundheitssystem angehörende Patienten warten bei Arztbesuchen vergebens auf eine Behandlung, da Personal fehlt. Im Zentrum der Hauptstadt werden seit Ende Oktober auch die Aufgaben der Müllentsorgung niedergelegt, sodass es zu einem drastischen Problem von Umweltverschmutzung gekommen ist. Sogar die Ausbreitung des Zika-Virus wird aufgrund dieser Belastungen befürchtet.

Nicht alle Gemeinden des Landes sind gleich stark betroffen, auch nicht alle Gesundheitszentren haben geschlossen, doch der Zustand, in dem sich Chile derzeit befindet, ist dennoch kritisch. In den Nachrichten erscheinen immer wieder Berichte darüber, dass sich die beiden Parteien einigen wollen, es kam bisher jedoch nicht zu einer Entscheidung, obgleich die ANEF ihre ehemaligen Forderungen inzwischen um einiges gesenkt hat. Mittlerweile, so heißt es, erhoffe man sich eine Erhöhung der Gehälter von rund 4% – eine Summe, die die Regierung bisher nicht bereit ist, zu zahlen. Diese bietet den Vertretern des öffentlichen Sektors (*Sector Público*) lediglich 3.2% Gehaltserhöhung an. Sprecher der ANEF kündigten daraufhin an, weiter zu streiken.

Ausgabe 9

November 2016

SEITE 5 VON 5